



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 21. Juli 2015
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*105. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Freitag, dem 17. Juli 2015,
im Sitzungszimmer 139 des Landtages*

Beginn: 13:50 Uhr

Einstimmig beschließt der Ausschuss, zum **Gesetzentwurf der Landesregierung zum 17. Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, [Drucksache 18/3145](#), die Landesregierung um Zuleitung der Stellungnahmen aus dem durchgeführten Verbandsanhörungsverfahren zu bitten. Außerdem soll eine schriftliche Anhörung zu der Vorlage durchgeführt werden. Die Anzuhörenden sind bis zum 2. September 2015 zu benennen.

Der Ausschuss einigt sich außerdem mit dem Ministerium für Justiz, Kultur und Europa über die **Freigabe von Akten im Zusammenhang mit dem Akteneinsichtsbegehren betreffend Geiselnahme in der JVA Lübeck** auf der Grundlage des von Abg. Dr. Bernstein am 18. Juni 2015 eingereichten Antrags. Die dem Ausschuss in nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzung vorgelegten Aktenteile sollen absprachegemäß geschwärzt den Ausschussmitgliedern am 20. Juli 2015 zugemailt werden.

Der Ausschuss berät über den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Aufhebung der Ermächtigung zum Abruf von Vorratsdaten**, [Drucksache 18/3193](#). Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN stellt der Ausschuss die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs bis zur Neuregelung der Thematik auf Bundesebene zurück.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, in eine seiner nächsten Sitzungen den Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten einzuladen, um sich im Zusammenhang mit den anstehenden Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, **Programm zur Auflösung des Sanierungsstaus bei den kommunalen Sportstätten**, [Drucksache 18/3159](#), über die Verteilung der vom Landtag zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel zur Schwimmsportstättenförderung berichten zu lassen.

Er beschließt einstimmig die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zum **Gesetzentwurf der Landesregierung über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Schleswig-Holstein und zur Schaffung eines Justizdatenschutzgesetzes**, [Drucksache 18/3153](#). Die Anzuhörenden sollen bis zum 2. September 2015 benannt werden.

Der Ausschuss nimmt sich außerdem vor, sich in seiner Sitzung am 23. September 2015 mit dem **Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz 2015**, [Drucksache 18/2730](#), zu befassen und zu den Beratungen die neu gewählte Landesdatenschutzbeauftragte einzuladen.

Der Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Mitpreisbremse sichert Zugang zu bezahlbarem Wohnraum in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/3185](#), wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluss: 14:35 Uhr

gez. Dörte Schönfelder